

«Weissgeld ist zentral für die FDP»

FDP-Wirtschaftsexperte Philipp Müller über ein Abwehr-Dispositiv der Schweiz und über die Schlappen der FDP

von Othmar von Matt

Herr Müller, wurden Ihre und Fulvio Pellis Vorschläge zur Weissgeld-Strategie von der FDP-Arbeitsgruppe «zerzaust», wie die «NZZ» schrieb?

Philipp Müller: Nein. Die Anträge gehen in Richtung Weissgeld-Strategie. Nur sind sie nicht so konsequent in der Umsetzung, wie wir es möchten. Die Arbeitsgruppe kann aber lediglich Anträge zuhanden der Parteipräsidentenkonferenz vom 16. April stellen. Diese wiederum stellt ihrerseits Anträge an die Delegiertenversammlung vom 24. April in Bern. Erst dort wird dann entschieden.

Was genau wollen Sie?

Erstens soll die Schweiz keine un versteuerten neuen Gelder mehr entgegennehmen. Zweitens sind die Altlasten in Form unverteuerter, ausländischer Vermögen im Rahmen von Verhandlungen mit den Partnerstaaten zu legalisieren. Und drittens sollen sich im Inland die Sanktionen bei Steuerdelikten auch nach der Höhe des hinterzogenen Betrages richten. Ich stelle hier klar, dass wir nie verlangt haben, die heutige Unterscheidung zwischen Steuerbetrug und Steuerhinterziehung aufzuheben. Wir verlangen lediglich eine Neudefinition.

Sie verlangten die Einführung des Delikts der schweren Steuerhinterziehung. Das will die Arbeitsgruppe nicht.

Sie hat aber einem Antrag deutlich zugestimmt, der verlangt, dass sich die Strafsanktionen und die Verfahren künftig nach der Schwere der Delikte zu richten

haben. Das ist genau das, was wir – anders formuliert – wollen. Das werden wir auch unterstützen.

Der parteiinterne Kampf wird sich wohl darauf konzentrieren, wie die Versteuerung von ausländischen Geldern nachgewiesen werden soll.

Das ist so. Hier haben wir erhebliche Differenzen zur Arbeitsgruppe. Diese setzt auf Selbstregulierung. Das dürfte genauso wenig funktionieren, wie es bei den Exzessen der überrissenen Managerboni funktioniert. Da gehen ja sogar die am meisten von einer Weissgeld-Strategie betroffenen Privatbankiers in einem internen Strategiepapier viel weiter. Darin soll der Kunde die Banken dazu ermächtigen, dass die Bank Steueranfragen des Auslandes unter Information des Kunden beantworten darf. Und das ohne Amtshilfesuch, ohne Einsprachemöglichkeit des Kunden.

Was sind Ihre Vorstellungen?

Liechtenstein hat mit England eine Regelung vereinbart, wonach der ausländische Kunde die englische Steuerbehörde informieren muss. Ohne Steuerbescheinigung der EU-Steuerbehörden werden wir gegenüber den ausländischen Steuerbehörden niemals konkret belegen können, dass wir ihnen kein Steuersubstrat mehr entziehen. Das ist aber eine Voraussetzung, um den Steuerstreit beilegen zu können und ein stabiles Abwehrdispositiv gegenüber den geldhungrigen Staaten aufzustellen.

Wozu dieses Abwehrdispositiv?

Viele Staaten stehen nahe am Bankrott. Die Schweiz gilt als Steueroase und wird entsprechend attackiert. Anstatt ihre Wüsten zu bewässern, wollen die ausländischen Finanzminister die Oase Schweiz trockenlegen. Die EU macht Druck auf den automatischen Informationsaustausch und auf eine zentrale Steuerpolitik mit einer materiellen Harmonisierung. Deshalb müssen wir ein Abwehrdispositiv aufbauen.

Und das geht nur via Weissgeld-Strategie?

Ja, der Zug rollt doch schon voll in diese Richtung. Auch der Bundesrat hat am

25. Februar festgelegt, dass er künftig unbesteuerte Gelder ablehnen will und gleichzeitig die Regularisierung unbesteuerten Vermögens vorangetrieben werden soll. Die Grossbanken deklarieren schon lange, dass sie nicht mehr an Schwarzgeld interessiert sind.

Finma-Präsident Haltiner kritisiert, das führe zum gläsernen Bürger.

Das finde ich eine absolute Frechheit. Herr Haltiner ist Präsident jener Organisation, welche die Banken kontrollieren sollte. Und ich würde Herrn Haltiner doch sehr bitten, diesen Job richtig zu erledigen und nicht zu politisieren.

Finma-Direktor Patrick Raaflaub denkt anders.

Das ist ja das Absurde an der ganzen Sache. Der Präsident spricht vom gläsernen Bürger. Und der Direktor der gleichen Kontrollbehörde drängt auf eine Weissgeld-Strategie. Sonst werde seine Institution strenge Regeln implementieren.

Bei der Finma weiss die Linke nicht, was die Rechte sagt?

Offenbar liegen die Büros des Präsidenten und des Direktors 1000 Kilometer auseinander.

Sollen bestehende unbesteuerte Vermögen über die Abgeltungssteuer legalisiert werden?

Hier haben wir zwei Probleme: Erstens umfasst die Abgeltungssteuer, wie sie heute von der Schweiz propagiert wird, nur die Vermögenserträge natürlicher Personen, nicht aber die hinterzogenen Vermögen selber. Das führt zu einer fehlenden Akzeptanz bei den EU-Finanzministern. Zweitens: Die Abgeltungssteuer ist für die Schweizer Banken bei der grenzüberschreitenden Anwendung extrem kompliziert und aufwändig. Die Experten der Beratungsfirma KPMG kommen in einer unveröffentlichten Studie zum Schluss, dass den Banken dadurch jährliche Kosten von bis zu einer Milliarde Franken entstehen würden.

Deutschland will aber mit der Schweiz darüber verhandeln.

Wenn Finanzminister Merz eine vereinfachte Abgeltungssteuer aushandeln kann, hätten wir viele Probleme gelöst. Ein Abkommen mit Deutschland hätte zudem Signalcharakter.

Die FDP hat grosse Probleme. Steht sie 2011 vor einer Schlappe?

Man darf das Berner Ergebnis nicht schönreden. Wenn ich jetzt interne Stimmen höre, die die Niederlage unserer Weissgeld-Strategie zuschreiben, kann ich nur sagen: Das ist absurd. Die Weissgeld-Strategie ist erst zweieinhalb Wochen vor den Wahlen propagiert worden. Zwei Wochen vor dem Wahlsonntag waren aber die meisten Stimmcouverts schon abgegeben.

Die «Berner Zeitung» schrieb: Sowohl Bundesrat Merz wie Präsident Pelli müssten ersetzt werden.

Fulvio Pelli hat mit der Weissgeld-Strategie das Steuer herumgerissen – in die richtige Richtung. Wir hätten das schon früher tun sollen. Ein zentrales Element der Neupositionierung der FDP ist die Weissgeld-Strategie. Daher erwarte ich von den Delegierten Ende April ein starkes Signal für einen sauberen Finanzplatz Schweiz.

Wird Merz zu einer grossen Belastung?

Merz hat im Jahre 2009 11 Milliarden Schulden abbezahlt und den Haushalt in ein Plus von 2,7 Milliarden gebracht. Und ringsherum sind alle Finanzminister am Schleudern. Man kann nicht einfach alles Merz in die Schuhe schieben.